



**LANDKREIS**  
**ERDING**

## **PROTOKOLL**

---

**öffentlich**

**Büro des Landrats**  
**BL**

Alois-Schieß-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129  
Fax 08122/58-1109  
elfriede.mayer@ira-  
ed.de

Erding, 24.11.2009  
Az.:

### **9. Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie am 16.11.2009**

#### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Haindl, Sebastian  
Hofstetter, Franz Josef  
Jobst, Karl Heinz  
Kuhn, Günther  
Rübensaal, Siegfried  
Schlehuber, Anton  
Schwimmer, Hans  
Steinberger, Friedrich  
Utz, Peter  
Vogl, Willi  
Ways, Rudolf  
Wiesmaier, Hans

#### **sowie als Vorsitzender:**

Landrat Martin Bayerstorfer

#### **von der Verwaltung:**

Kohout Caroline  
Fischer Heinz  
Helfer Helmut  
Hopfensberger Max  
Schmittner Josef  
Graßl Reiner

Setzwein Ulrich  
Oeder Viola  
Mayer Elfriede (Protokoll)  
Centner Christina



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Ferner nehmen teil:**

Herr Wild, Projektleiter der FOS/BOS  
Herr Schlemmer, Schulleiter der FOS/BOS

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Bericht zum Baufortschritt zum Neubau FOS/BOS
2. Haushaltsberatung 2010;  
Bauunterhalt und Hochbaumaßnahmen  
Vorlage: 2009/0567
3. Bekanntgaben und Anfragen
  - 3.1 Anfrage zu den Sitzungen des Kreistages
  - 3.2 Namensgebung - Neues Gymnasium
  - 3.3 Protokoll vom 16.09. - Ausschuss für Bauen und Energie -  
Photovoltaikanlage



LANDKREIS  
ERDING

Büro des Landrats  
BL

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet **der Vorsitzende** um Einverständnis, den unter Tagesordnungspunkt 2 „Bekanntgaben und Anfragen“ geplanten Bericht zum Baufortschritt zum Neubau FOS/BOS vorzuziehen.

**Kreisrat Kuhn** wünscht, nur den Bericht zum Baufortschritt zum Neubau FOS/BOS vorzuziehen und den Tagesordnungspunkt „Bekanntgaben und Anfragen“ nochmals aufzurufen.

**Damit besteht allgemein Einverständnis.**

\*\*\*

## 1. Bericht zum Baufortschritt zum Neubau FOS/BOS

**Herr Wild** erklärt, der Terminplan könne bisher eingehalten werden. Der Fertigstellungstermin sei Ende 2010 geplant. Die Rohbauarbeiten seien termingerecht Ende Oktober von der Firma abgeschlossen worden. Es werden derzeit noch Arbeiten ausgeführt (Lüftungsbauwerke, Lichtschächte, etc.) Die Dachabdichtungsfirma habe termingerecht mit den Arbeiten begonnen. Der Fassadenbauer habe in der letzten Woche angefangen, die Elemente zu setzen. In zwei, drei Wochen werde mit den Arbeiten an der Außenfassade begonnen, wenn die Witterung es zulässt. Die Montage des Atriums werde sich leider, wegen der Materiallieferung verzögern. Voraussichtlich werde die Atriumkonstruktion und auch die Verglasung erst nach Weihnachten eingebaut werden. Dadurch verzögert sich der Beginn des technischen Ausbaus. Vor allem im Lüftungsbereich im Keller gebe es große Lüftungsöffnungen. Solange das Atrium offen sei, kommt von oben Wasser in den Bau. In den Technikräumen müsse ein Anstrich gemacht und eine Stahlkonstruktion eingebaut werden, um die Lüftungselemente einbauen zu können. Der Terminplan sei entsprechend überarbeitet worden. Es sei trotzdem möglich, den Fertigstellungstermin einzuhalten.

Zu den Kosten merkt er an, dass sich der Neubau im Kostenrahmen befindet. Trotz verschiedener Nachträge gebe es auch Einsparungen. Es sei bereits absehbar, dass zum Beispiel die Rohbauarbeiten unter der Auftragssumme abgerechnet werden können.

Zum Baufortschritt merkt Herr Wild an, mit den Lärmschutzarbeiten (Fa. Stanglmeier) sei heute begonnen worden.

**Kreisrat Ways** fragt, ob der Terminplan auch bei einem Wintereinbruch eingehalten werden kann.

**Herr Wild** antwortet, die Planer hoffen, dass der Wintereinbruch so spät wie möglich kommen wird. Es werden derzeit die Fassadenelemente eingebaut. Es müssen die Abdichtungen außen angebracht werden. Der Einbau sei nur möglich, wenn die Witterung einigermaßen trocken sei und mindestens Temperaturen von 5 Grad sind. Es wird versucht, die Fassade von unten nach oben zu schließen. Es sei geplant, um den technischen Ausbau ab Februar/März zu gewährleisten, in dem Bereich dann eine Bauheizung einzusetzen. Derzeit seien bereits Elektriker vor Ort, die schon die Installationsleitungen (Querleitungen, Sanitärleitungen)

verlegen. Sollte es ab nächste Woche schneien, kann der Fassadenbau nicht wie geplant gemacht werden.



**Der Vorsitzende** fragt, ob mit einer Winterheizung der Bauzeitenplan eher erfüllt werden kann.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

**Herr Wild** sagt, der Fertigstellungstermin werde deshalb nicht eher sein. Mit einer Bauheizung könne gewährleistet werden, dass die Firmen vor Ort arbeiten können. Voraussetzung für den Einsatz der Bauheizung sei, dass ein Großteil der Fassade dicht sei. So lange das Atrium oben offen sei, kann auch keine Winterheizung eingesetzt werden.

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** fragt, wie lange der Fassadenbauer für seine Arbeiten noch braucht.

**Herr Wild** erklärt, es werde von unten nach oben gearbeitet. Voraussichtlich werden die Arbeiten bis Ende Januar/Anfang Februar dauern.

**Kreisrat Schlehuber** erinnert, dass er auf die Arbeiten im Winter hingewiesen habe. Er denkt, über eine Bauheizung sei derzeit noch nicht zu diskutieren.

**Herr Wild** merkt an, es sei geplant, im Februar mit dem Ausbau beginnen zu können. Für die Fertigstellung sei das ganze Jahr über notwendig.

**Der Vorsitzende** bedankt sich bei Herrn Wild für den Bericht zum Baufortschritt.

## **2. Haushaltsberatung 2010** **Bauunterhalt und Hochbaumaßnahmen** **Vorlage: 2009/0567**

**Der Vorsitzende** verweist auf die versandte umfangreiche Vorlage. Es sei heute der erste Bereich der Haushaltsberatungen.

Im Vorfeld haben zwei Besprechungen mit den Fraktionsvorsitzenden stattgefunden, bei denen nochmals versucht worden sei, Einsparungen vorzunehmen. Als Tischvorlage sei die aktuelle Ausfertigung verteilt worden.

Der Vorsitzende verweist auf die derzeit besondere, schwierige Situation. Er habe bisher auch noch nicht erlebt, dass es nach den ersten Grobdaten immer noch schwieriger geworden sei, Planungen vorzunehmen.

Im Entwurf sei im Verwaltungshaushalt ein Haushaltsvolumen von 102.378.000 €, im Vermögenshaushalt von 16.266.000 € eingeplant.

Die vom Statistischen Landesamt veröffentlichte vorläufige Umlagekraft sei auf 118.144.679 € gestiegen. Eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 10,11 % (107.301.446 €). In Oberbayern sei der Durchschnitt ähnlich wie im letzten Jahr. Der Landkreis Erding habe nochmals eine Steigerung erreichen können. Es erhöhen sich aufgrund der höheren Umlagekraft die



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Einnahmen aus der Kreisumlage bei gleichem Hebesatz wie 2009 mit 47,4 % um 5.139.693 € Diese Mehrung werde durch eine höhere Bezirksumlage (ca. 2.125.274 €) und einer Senkung der Schlüsselzuweisungen (weniger 3.070.843 €) aufgezehrt. Das bedeutet, von den rd.

5,1 Mio €, gerechnet bei gleicher Bezirksumlage, bleibt dem Landkreis weniger an Einnahmen. Nach den momentanen Informationen werde die Bezirksumlage aber um 1,4 %-Punkte steigen. Das bedeutet eine höhere Bezirksumlage gegenüber 2009 auf rd. 3,8 Mio €.

Für 2010 werde es eine Steigerung bei den Personalkosten mit 379.990 € (Tarifsteigerung Beamte 1,2 % und TvÖD 2 % - keine Ausweitung der Beschäftigungsverhältnisse) geben.

Eine deutliche Steigerung gebe es im Bereich der Jugendhilfe mit 483.287 €, bei der Grundsicherung mit 67.550 € und bei Hartz IV 552.585 €. Die Mehrkosten ergeben sich wegen Änderung der Beteiligungsquote des Bundes von 25,4 % auf 22,9 %, ergibt 168.375 €. Im Bereich der Sozialhilfe ergeben sich Einsparungen von rd. 110.233 €. Weiter ergeben sich Mehrausgaben bei der Krankenhausumlage mit 113.035 € und beim Energiemanagement mit rd. 150.000 €. Es werde jedoch mit einer Förderung von 80 % (rd. 120.000 €) gerechnet.

**Kreisrat Rübensaal** fragt, ob es richtig sei, dass im Koalitionsvertrag ausgehandelt worden sei, dass ARuSO aufgelöst wird und dafür zwei selbständige Behörden entstehen.

**Der Vorsitzende** berichtet, das stimmt nicht. Die Frage erübrigt sich. Es gibt eine gesetzliche Grundlage. Es haben auch Landkreise aus Bayern, auch aus Oberbayern geklagt. Auch der Landkreis Erding habe sich dafür ausgesprochen, dass eine Aufgabendelegierung vom Bund auf die Kommunen erfolgt sei und das rechtlich nicht zulässig sei. Wenn das künftig so möglich sein sollte, müsste der Bundesgesetzgeber eine Grundgesetzänderung durchführen. Es wäre eine Zweidrittelmehrheit erforderlich, dass eine Delegation einer Bundesaufgabe direkt auf die Länder möglich wäre. In der Koalitionsvereinbarung sei eine Grundgesetzänderung nicht explizit erwähnt worden. Der Landkreis müsse sich deshalb derzeit im gesetzlichen Rahmen bewegen. Das bedeutet, dass es grundsätzlich einen getrennten Vollzug gibt, außer die Bundesregierung würde eine Ausweitung der Optionskommunen anstreben.

**Kreisrat Rübensaal** fragt, ob das bedeutet, dass es ARuSO in der Form nicht weiter geben wird.

**Der Vorsitzende** sagt, die Gerichte haben dem Gesetzgeber eine Frist bis 31.12.2010 gegeben. Bis dahin muss die derzeitige nicht rechtlich zulässige Vollzugsgewährleistung auslaufen. Eine Zusammenarbeit in der Form kann es nicht geben, jedoch kann es Mischformen geben. Wie die künftige Verfahrensweise sein wird, wisse er nicht. Im Haushalt 2010 seien für die Organisation keine Kosten eingeplant worden.

Weiter erklärt der Vorsitzende, Mehrausgaben ergeben sich bei den Gastschulbeiträgen mit 192.590 € und beim Bauunterhalt mit 788.660 €.



Es sei allerdings eine Reduzierung von 3.355.810 € auf 2.691.310 € in die Tischvorlage eingearbeitet worden. In der Summe seien rd. 1 Mio € für die Brandschutzsanierung beim Gymnasium Dorfen enthalten.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Mindereinnahmen ergeben sich bei den Zinsen mit 58.000 €, bei der Schülerbeförderung mit 344.500 €, beim ÖPNV mit 61.030 € und bei den Zinsausgaben für Kredite mit 356.800 €

Büro des Landrats  
BL

Der Vermögenshaushalt umfasste ein Gesamtvolumen von 16.266.000 €. Einzelne Maßnahmen 2010 seien für die Sanierung Realschule Taufkirchen mit 1.080.000 €, Erweiterung des Förderzentrum Dorfen mit 700.000 €, Neubau FOS/BOS mit 7.133.555 €, Kaufrate Gastro mit 359.447 €, Leasingrate Kreismusikschule mit 471.100 € und Schulausstattung mit 1.001.325 €. Für den Straßenbau seien 2.407.900 € eingeplant. Die Gesamtausgaben für die Hochbaumaßnahmen belaufen sich 2010 auf 10.285.102 €, rd. 600.000 € mehr als 2009. Die Steigerung gegenüber 2009 beträgt 3.097.858 €

An Rücklagen werden aus der allgemeinen Rücklage 2.962.000 € und aus dem zuschussfinanzierten Anlagevermögen 150.000 € entnommen.

Der Vorsitzende sagt, einen Kreisumlagensatz möchte er derzeit noch nicht festlegen. Sein Bestreben sei eine Kreisumlage von 50 %-Punkten nicht zu überschreiten. Das würde bedeuten, dass der Landkreis rd. 1,2 Mio € an neuen Krediten aufnehmen müsste.

Mit den momentan 47,4 %-Punkten Kreisumlage habe der Landkreis Erding mit 1 % über den oberbayerischen Durchschnitt gelegen, obwohl der Landkreis bei der Steuerkraft nicht im oberbayerischen Durchschnitt liegt.

Er betont, ein Kreisumlagenpunkt sei 1.180.000 € wert, weil Kreisrat Rübensaal meistens danach fragt. Beim Landkreis München sei z.B. ein Kreisumlagenpunkt rd. 7,8 Mio € wert. Es gibt auch Landkreise, bei denen ein Kreisumlagenpunkt rd. 850.000 € wert sei. Der Landkreis Erding liege im Durchschnitt in Oberbayern. Er weist darauf hin, dass 2010 der Durchschnitt der Kreisumlage in Oberbayern bei 50 %-Punkte sein wird.

Er weist weiter darauf hin, dass 2009 mit mehr Einnahmen bezüglich Grundstücksverkäufe gerechnet worden sei. 2010 sei mit rd. 2 Mio € der Grundstücksverkauf Gießereistraße eingerechnet worden. Wenn das Grundstück nicht verkauft werden kann, bedeutet dies eine zusätzliche Kreditaufnahme.

Der Vorsitzende denkt, es sei richtig so zu verfahren, um in der für alle Beteiligten schwierigen Situation zu versuchen, die Gemeinden nicht über Gebühr zu belasten.

Er weist darauf hin, dass es bei den Gemeinden im Landkreis unterschiedliche Situationen gibt. Es habe ihn überrascht, dass von den 26 Gemeinden des Landkreises zehn Gemeinden das Wort Schulden nicht richtig kennen. Bei der Festlegung der Kreisumlage müssen aber die finanzschwachen und die finanzstarken Kommunen berücksichtigt werden, denn die Gemeinden müssen den Bürgern eine entsprechende



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Daseinsfürsorge vorhalten. Es können nicht die zusätzlichen Belastungen des Landkreises 1 : 1 an die Gemeinden weitergegeben werden. Es müsse vielmehr versucht werden, die außergewöhnliche Situation gemeinsam zu bewerkstelligen.

Der Vorsitzende fragt nach der weiteren Vorgehensweise. Er bittet um Wortmeldungen.

**Kreisrat Ways** stellt fest, dass die Summe in der Tischvorlage gegenüber der versandten Vorlage verringert worden sei.

**Der Vorsitzende** erklärt, die Fraktionsvorsitzenden haben bei der Besprechung vorige Woche noch Änderungen vorgenommen. Die heute verteilte Vorlage habe deswegen nicht mehr versandt werden können.

**Kreisrat Wiesmaier** zeigt sich dankbar, dass restriktive Einsparungen vorgenommen worden sind. Die Fraktionsvorsitzenden haben sich bei den Besprechungen intensiv mit dem Thema auseinander gesetzt. Er schlägt vor, die einzelnen Gewerke anzusprechen. Wenn es Beratungsbedarf gibt, kann darüber diskutiert werden.

Er verweist auf Seite 3 der ausgeteilten Tischvorlage „Landratsamtsgebäude - Lüftung, Luftschleieranlage Süd-Ost-Seite“ mit einem Ansatz von zusammen 25.000 €. Es stellt sich die Frage, ob bei der Umplanung des Info-Points erst vor ein paar Jahren die richtige Planung erfolgt sei. Seiner Meinung nach hätte die Situation damals schon erkannt werden müssen. Er spricht sich gegen eine Luftschleieranlage aus.

**Herr Schmittner** berichtet, bisher habe noch keine Ideallösung gefunden werden können. Es gibt gewisse Zweifel, dass eine Luftschleieranlage den erhofften Erfolg bringe. Durch das Öffnen der Türen entsteht ein gewisser Zug. Darunter leiden die Kolleginnen im Info-Point besonders im Winter. Das Problem sei, das nachträglich in den Griff zu bekommen. Das Ganze sei bereits juristisch geprüft worden. Auch vom Planer seien bestimmte Stellen beteiligt worden.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, die Position vorerst zu schieben, weil derzeit nicht gesagt werden kann, dass mit einer Luftschleieranlage auch der gewünschte Effekt erzielt werden kann.

**Kreisrat Wiesmaier** denkt, es sollte geprüft werden, ob es möglich sei, den derzeitigen Zugang zu schließen und ihn auf der Gangseite zu machen, der geschützt sei. Er wehrt sich dagegen, erst nach dem kurzen Umbau wieder Gelder dafür einzusetzen. Es sei nicht so, dass am Info-Point immer Leute anstehen.

**Herr Graßl** ergänzt, es sei bereits mit zwei großen Heizkörpern an den Wänden und im Fußbereich versucht worden, Abhilfe zu schaffen.

**Kreisrat Steinberger** unterstützt die Aussage von Kreisrat Wiesmaier. Die Entscheidung sei auch der Personalvertretung so mitzuteilen. Es sollte eine dem Steuerzahler gegenüber vertretbare Lösung gefunden werden.



**Kreisrat Kuhn** stellt fest, mit einer Luftschleieranlage wäre eine Situation ähnlich wie bei den Kaufhaustüren geplant. Er denkt, es sollte geprüft werden, ob eine feste Lösung eingebaut werden könnte, dass sich eine Türe schließt, wenn sich die nächste öffnet.

**Der Vorsitzende** sagt, es werde nicht der Schutz der Mitarbeiter ignoriert. Es sollte aber eine effektive Lösung gefunden werden.

**Kreisrat Rübensaal** erinnert an die Eingangssituation am Kreiskrankenhaus.

**Der Vorsitzende** berichtet, der Architekt habe beim Umbau erklärt, die Tonnen bei den Eingangstüren seien statisch bedingt wegen des darüberliegenden Sitzungssaales so ausgeführt worden. Beim Krankenhaus sei aus einer normalen Flügeltüre eine große Tonnenlösung mit Drehtüre gemacht worden. Die ähnliche Situation am Landratsamt sei nicht behindertengerecht gewesen. Er denkt, die einfachste Lösung wäre es, wenn mehr Abstand zwischen den beiden Schiebetüren wäre oder sich eine Türe erst öffnet, wenn die andere geschlossen sei. Das sei aber wegen des Brandschutzes nicht möglich.

*Aufgrund der Äußerungen der Ausschussmitglieder wird die Position Luftschleieranlage gestrichen.*

**Kreisrat Ways** verweist auf Seite 2 der verteilten Vorlage „Hauptwasserleitungsrohre im UG“. Er stellt fest, dass in der versandten Vorlage die Maßnahme noch mit 55.000 € aufgeführt und in der verteilten Vorlage diese Position gestrichen worden sei. Er denkt, wenn schon Wasserschäden aufgetreten sind, sollte eine Erneuerung der Hauptverteilungsrohre auch durchgeführt werden.

Für die Vorbereitung der Unterlagen der nächsten Jahre schlägt er vor, die Maßnahmen entsprechend zu kennzeichnen in Maßnahmen, die dringend notwendig sind oder noch verschoben werden können.

**Herr Graßl** antwortet, eine Erneuerung der Hauptverteilungsrohre wäre sinnvoll. Die Haushaltslage sei jedoch problematisch.

**Der Vorsitzende** ergänzt, es gebe zwar immer wieder mal Reparaturen. Wegen der schwierigen Finanzlage sei es der Auftrag gewesen, Prioritäten zu setzen und Einsparpotentiale aufzuzeigen. Er sei die Vorgabe gewesen, 800.000 € einzusparen. Aufgrund der Beratungen werden rd. 600.000 € eingespart werden können. Mehr sei guten Gewissens nicht möglich.

**Herr Schmittner** merkt an, bei Streichungen müssen auch Positionen gestrichen werden, die schmerzhaft seien. Dies sei auch eine Position, bei der er Bedenken habe.

**Der Vorsitzende** denkt, es seien beide Aussagen richtig. Er legt Wert darauf, dass weder sicherheitsrelevante Dinge, noch Maßnahmen zum Brandschutz gestrichen werden.



**LANDKREIS**  
**E R D I N G**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Wiesmaier** sagt, alles Wünschenswerte sei nicht machbar. Mängel können sporadisch auftreten und auch behoben werden. Er schlägt vor, die Ansätze so zu lassen. Er spricht sich dagegen aus, für die Position wieder Mittel einzuplanen.

**Der Vorsitzende** betont, es sei so gehandelt worden, wie jeder handeln würde, wenn er zuhause eine Investition tätigt. Nach 25 Jahren werde keiner zu Hause die Wasserleitungen auswechseln.

**Kreisrat Hofstetter** stimmt der Aussage von Kreisrat Wiesmaier zu. Sicherheitsrelevante Bereiche, brandschutztechnische und energetische Bereiche müssen Vorrang haben. Ansonsten müsse über jeden Punkt diskutiert werden.

*Der Vorsitzende stellt aufgrund der Äußerungen der Ausschussmitglieder fest, dass für die Position „Hauptwasserleistungsrohre im UG“ wie vorgesehen, keine Mittel eingeplant werden sollen.*

**Kreisrat Haindl** verweist auf Seite 3 „Dachdecker- und Spenglerarbeiten – Dach über großen Sitzungssaal erneuern“ mit 150.000 €. Er fragt, ob das Dach undicht sei oder nicht.

**Herr Setzwein** antwortet, es sei heuer zu sehen gewesen, dass an der Ecke am Eingang des Landratsamtes ein Wasserschaden an der Außenwand war. Wegen der Sanierung sei ein Spenglermeister, auch Sachverständiger von der Handwerkskammer München, eingeschaltet worden. Er habe verschiedene Mängel auf dem Dach festgestellt und gesagt, dass ein Kupferstehfalzdach nie ganz wasserdicht sein wird. Der Sachverständige habe empfohlen, das Dach zu erneuern und Kunststoffbahnen aufzubringen.

Herr Setzwein erklärt, ein innen liegendes Fallrohr entwässert die Dachfläche. In dem Bereich seien bereits Kunststoffbahnen aufgebracht worden. Herr Setzwein sagt, er könne eine Kopie der Stellungnahme des Gutachters den Ausschussmitgliedern vorlegen.

**Der Vorsitzende** fragt, ob der Sachverständige auch weiß, wie lange die Haftungszeit beträgt.

**Herr Setzwein** sagt, er geht davon aus. Die Haftungszeit für verdeckte Mängel sei 30 Jahre.

**Kreisrat Haindl** fragt, ob schon Wasserschäden aufgetreten seien.

**Der Vorsitzende** sagt, im vergangenen Jahr sei Wasser in den oberen Büros eingedrungen. Der Schaden sei repariert worden.

**Kreisrat Kuhn** denkt, das sei ein Ausführungsfehler. Das Problem sei ähnlich dem Eingangsbereich. Er fragt, ob der gleiche Planer dafür zuständig sei. Dies verneint **der Vorsitzende**.

**Kreisrat Rübensaal** irritiert die Formulierung „nicht ganz wasserdichtes Dach“.



**Herr Setzwein** sagt, der Sachverständige hat gesagt, dass ein Kupferstehfalzdach nie ganz wasserdicht sein werde. Es kann zu Spannungsrissen kommen.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, die Firma ausfindig zu machen, die damals die Dacheindeckung ausgeführt hat.

*Es wird vorgeschlagen, wenn Reparaturen anfallen, diese durchzuführen und die Position auf künftige Haushalte zu schieben.*

**Kreisrat Schwimmer** möchte Näheres zu Seite 3 „Brandschutzabschottung SG 15“, 10.000 €, wissen.

**Herr Setzwein** antwortet, im Sachgebiet 15, EDV stehen in einem Raum die Netzwerkschränke und Serverschränke. Bei einem Brand würde das ganze Netzwerk des Landratsamtes und auch der Gemeinden in Mitleidenschaft gezogen. Es sollte eine Brandschutzwand eingezogen werden, um eine Trennung zu haben.

**Der Vorsitzende** denkt, die Maßnahme sei sinnvoll. Es geht dabei auch um den Versicherungsschutz. Ähnlich seien auch die Klimageräte in den EDV-Räumen wichtig. Die Hardwarehersteller haben mitgeteilt, dass sie ansonsten Gewährleistungsansprüche ablehnen.

**Kreisrat Vogl** bittet zu prüfen, ob in den beiden genannten Räumen automatische Brandmelder vorhanden sind.

*Herr Setzwein antwortet, das müsse er noch klären.*

**Kreisrat Haindl** möchte Näheres zu Seite 4 „Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umstrukturierung des Landratsamtes“, 70.000 € wissen.

**Der Vorsitzende** antwortet, es sei eine Organisationsänderung im Landratsamt geplant. Es werde deutliche Änderungen geben. Das Landratsamt soll in der Organisation von den Führungskräften reduziert werden. Dafür werden Sachbereiche geschaffen. Bereits 2010 sei eine bauliche Umsetzung durchzuführen. Die Organisationsänderung sei angelehnt an den Mustergeschäftsverteilungsplan des Innovationsrings der Bayer. Landkreise. Es werde z.B. das Sachgebiet 34 zusammengeführt und ins Personalwohngebäude des Kreiskrankenhauses kommen. Es müsse dazu für den Waffenbereich die Sicherheitswand gebaut werden, etc.

**Kreisrat Kuhn** fragt zu Seite 4 „Klimageräte für die Zimmer 127 und 223 am Glaserker“.

**Herr Schmittner** erklärt, eine Alternative sei die Nachrüstung von zwei gegenüberliegenden Fenstern.

Weiter Wortmeldung zum Landratsamtgebäude ergeben sich nicht.

Zu Seite 5 – Sparkassengebäude, Seite 6 – Abteilung Gesundheitswesen und Seite 7 – Abteilung Veterinärwesen (im Personalwohngebäude des

Kreiskrankenhauses), Seite 8 – Atemschutzübungsanlage, Seite 9 – Feuerwehr-Service-Zentrum und Seite 10 – Integrierte Leitstelle ergeben sich keine Wortmeldungen.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Jobst** fragt zu Seite 11 – Herzog-Tassilo-Realschule, „Dachdecker- und Spenglerarbeiten, 108.000 €, warum die Maßnahme gestrichen worden sei. Er denkt, es sollte an anderer Stelle geprüft werden, wo Einsparungen möglich sind, um diese Position ausführen zu können, um die Energiekosten zu senken.

Für den Brandschutz am Gymnasium Dorfen seien 1 Mio € eingeplant. Er fragt, ob bei der Position, ohne die Sicherheit in Frage zu stellen, 108.000 € für die Dachdecker- und Spenglerarbeiten an der Herzog-Tassilo-Realschule verwendet werden könnten.

**Herr Graßl** antwortet, die veranschlagte Summe sei sinnvoll. Es gibt keinen Sinn, wenn ein Bauabschnitt bei Brandschutzmaßnahmen nicht abgeschlossen werden kann.

**Der Vorsitzende** ergänzt, es müssen die verschiedenen Brandabschnitte umgesetzt werden.

Er erinnert, es sei inzwischen das Büro team für technik, Wörth beauftragt worden, eine energetische Untersuchung an den landkreiseigenen Gebäuden durchzuführen. Es könnte sein, dass für das Geld woanders wesentlich effektivere Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden können.

**Kreisrat Haindl** fragt, ob das Dach dicht sei. Die bejaht **der Vorsitzende**.

**Kreisrat Kuhn** möchte zu Seite 12 „Erneuerung des Zaunes auf Wunsch von Hr. Stalitz“, 2.000 € wissen, wer Herr Stalitz sei.

**Herr Graßl** antwortet, es handelt sich um die Erneuerung des Zaunes zwischen Kreiskrankenhaus und der Herzog-Tassilo-Realschule.

**Der Vorsitzende** ergänzt, Herr Stalitz sei der technische Leiter im Kreiskrankenhaus.

Zu Seite 15, Realschule Taufkirchen ergeben sich keine Wortmeldungen.

Zu Seite 17, Anne-Frank-Gymnasium Erding, Seite 20, „Steinskulptur des Künstlers Thomas Munz“ möchte **Kreisrat Utz** wissen, ob Einsturzgefahr besteht. Weiter möchte er wissen, warum der Ansatz von 8.000 € auf 4.000 € gekürzt worden sei. Er schlägt eine Besichtigung der Mitglieder des Ausschusses für Bauen und Energie vor Ort vor.

**Der Vorsitzende** sagt, die Reduzierung des Ansatzes auf 4.000 € resultiert aus der Besprechung mit den Fraktionsvorsitzenden. Es sei festgestellt worden, dass eine Sanierung auch günstiger zu bewerkstelligen sein müsse. Deshalb sei die Hälfte des Betrags eingeplant worden. Selbstverständlich stehe die Sicherheit im Vordergrund. Im Extremfall würde nur der Sockel erneuert.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Wiesmaier** denkt, wenn der Sicherheitsaspekt gewährleistet werden kann, sollte die Maßnahme verschoben werden. Im Laufe des kommenden Jahres sollten die Mitglieder des Ausschusses für Bauen und Energie die Skulptur besichtigen. Er denkt, dass auch ein Alterungsprozess einer Skulptur durchaus dargestellt werden kann.

Zu Seite 21 - Gymnasium an der Sigwolfstraße Erding, Seite 24 - Gymnasium Dorfen, Seite 27 – Berufsschule Erding und Seite 30 – Amt für Landwirtschaft und Forsten ergeben sich keine Wortmeldungen.

**Kreisrat Rübensaal** merkt weiter an, der Landkreis bekommt die Quittung für die Verschlankung des Staates, wo der Staat bewusst Aufgaben auf die Landratsämter verteilt hat.

**Der Vorsitzende** antwortet, es sei politischer Wille der kommunalen Spitzenverbände gewesen, möglichst eine Verwaltung aus einer Hand anzubieten. Er ergänzt, dass bei den letzten Umorganisationen der Bayer. Landkreistag deswegen so unbefriedigt von den Verhandlungen war, weil nicht noch deutlich mehr Verwaltungsleistungen in die Kreiszuständigkeit integriert worden sei. Er denkt, es sei so besser, als wenn bestimmte Dinge im Vollzug woanders angesiedelt wären.

**Kreisrat Wiesmaier** merkt zu Seite 30 an, er sei froh darüber, dass im Amt für Landwirtschaft und Forsten die „Heizung“ ausgetauscht wird und der Anschluss an die Fernwärme möglich sei.

**Der Vorsitzende** sagt, wo die Gelegenheit besteht, werden die kreiseigenen Gebäude an die Fernwärme angeschlossen. In dem Fall sei ein Anschluss an die Fernwärme notwendig, weil teilweise die Heizkessel erneuert werden müssten. Sinnvollerweise erfolgt der Anschluss der drei Gebäude.

Zu Seite 31 – Landwirtschaftliche Fachschule Hauswirtschaft, Seite 32 – FOS/BOS im UG des Gymnasiums an der Sigwolfstraße, Seite 33 - Katharina-Fischer-Schule Erding, Seite 36 – Förderzentrum L Dorfen ergeben sich keine Wortmeldungen.

Zu Seite 38 – Bauernhausmuseum merkt **Kreisrat Ways** an, am Bauernhausmuseum werde es immer Kosten für den Unterhalt geben.

**Der Vorsitzende** denkt, es wäre schwierig, wenn nichts gemacht würde, weil die Substanz leiden würde. Es handelt sich um alte Gebäude, die immer wieder der Erneuerung bedürfen. Er zeigt sich positiv überrascht, was an Aktivitäten dort stattfindet. Auch bezüglich der Sortierung, Aufbereitung und Zuordnung der Gerätschaften sei sehr viel erfolgt. Ein Bauernhauskaffee am Wochenende sei eingerichtet worden. Vor kurzen habe ein Antikmarkt dort stattgefunden. Der Landkreis sei am Umsatz beteiligt gewesen und habe 3.500 € eingenommen.

Es können dort keine privaten Veranstaltungen und auch keine Veranstaltungen von Vereinen stattfinden. Wenn aber eine Veranstaltung im Zusammenhang mit dem Museumsbetrieb gesehen werden kann, sollte die Möglichkeit gegeben werden. Er denkt, es sei eine gute



Möglichkeit Bewusstsein zu schaffen, wie früher die Menschen gelebt haben. Das Ganze sei eine freiwillige Leistung des Landkreises.

**Kreisrat Steinberger** stellt fest, das Museum kostet dem Landkreis wenig im Vergleich zu anderen Bereichen. Er denkt, es sei auch eine wichtige Entscheidung, das Ehrenamt zu stärken. Es engagieren sich ehrenamtliche Mitarbeiter am Bauernhausmuseum. Er empfiehlt, verstärkt auf Vereine und Organisationen zuzugehen, dass auch das Vereinssponsoring Eingang findet. Es könnte z.B. die Sanierung der Kapelle, die im Haushalt gestrichen worden sei, an Vereine übertragen werden. Er denkt, es gibt viele Möglichkeiten, den Landkreis im Sponsoring und Ehrenamt zu unterstützen.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** merkt an, der Landkreis sei sehr zurückhaltend bei Vermarktungsinteressen, z.B. Filmaufnahmen, Modeschauen, etc. Es sei etwas besonderes und in wenigen Fällen möglich, dass ein Bauernmarkt in historischer Umgebung stattfinden kann. Der Landkreis habe auch durch die Standgebühren Einnahmen durch den Bauernmarkt.

**Kreisrat Wiesmaier** denkt, das Bauernhausmuseum stehe dem Landkreis gut zu Gesicht. Der Hinweis von Kreisrat Steinberger sei berechtigt. Es gilt die Waage zu halten, zwischen der Notwendigkeit der Einrichtung und Überprüfung der ständigen Ausgaben.

Zu Seite 40 – Kreismusikschule fragt **Kreisrat Kuhn**, was unter Unvorhersehbares, 6.000 € zu verstehen sei.

**Der Vorsitzende** erinnert, der Landkreis habe eine Vertragsbeziehung. Es sei geregelt, dass der Landkreis entsprechend den Wertgrenzen ab einem bestimmten Betrag Unterhaltsleistungen zahlen müsse. Bis zu einem Betrag (damals 5.000 DM) übernimmt die Kreismusikschule Kosten für den laufenden Betrieb. Investitionen habe der Landkreis zu übernehmen.

Er weist darauf hin, 2010 sei die Beleuchtung der Parkplätze geplant.

Der Vorsitzende erklärt zu Seite 41 „Herderhaus“, die Dachsanierung könne laut eines Experten noch ein Jahr verschoben werden, bevor Substanzschäden an dem Reetdach entstehen werden.

**Kreisrat Kuhn** weist darauf hin, dass im Vergleich zum letzten Haushalt nur 28.000 € eingestellt worden sind.

**Der Vorsitzende** erklärt, es sei voriges Jahr der Auftrag gewesen, zu prüfen, ob ein günstigeres Angebot gefunden werden kann. Inzwischen sei ein Dachdecker aus Norddeutschland gefunden worden, der auch eine Beurteilung und ein Angebot gemacht habe.

Zu Seite 42 – Thenner Weiher, Seite 43 – Bauhof mit Garagengebäude, und Seite 45 – Frauenhaus Erding ergeben sich keine Wortmeldungen. Zu Seite 46, ehemaliges Landratsamt, Roßmayrgasse 13 fragt **Kreisrat Kuhn**, wie die leerstehenden Räume weiter genutzt werden.



**Der Vorsitzende** erklärt, für eine eventuelle Sanierung im EG und 1. OG seien im Haushalt Mittel von 50.000 € eingestellt worden. Räume, die derzeit nicht vermietet werden, werden auch nicht saniert. Für den Fall, dass die Fachhochschule die Räume benötigt und dem Landkreis mit der Ergänzung des Mietvertrages entgegenkommt, sollten Mittel zur Verfügung stehen, um eine Sanierung durchführen zu können.

Zu Seite 47 – ehemaliges Landratsamt, Lange Zeile 10, Seite 48 – Pavillon, Seite 49 - Gießereistraße, Seite 50 – Lehrerwohnhaus, Seite 51 – ehemalige Landwirtschaftsschule (Finanzamt), Seite 52 – ehemaliges Landwirtschaftsamt (Schulamt) und Seite 53 - Internat, Dr.-Ulrich-Weg 3 ergeben sich keine Wortmeldungen.

Zum **Investitionshaushalt**, Seite 56 zu Gr.Nr.1601, Integrierte Leitstelle und zu Gr.Nr. 2202, Erweiterung Realschule Taufkirchen ergeben sich keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende erklärt zu Seite 58, Gr.Nr. 2203, Zuschuss Mädchenrealschule Erding, es sei der Zuschuss wie im Vorjahr eingeplant. Es sei allerdings ein etwas höherer Zuschuss beantragt worden.

**Kreisrat Wiesmaier** weist darauf hin, dieser Zuschuss sei eine freiwillige Leistung des Landkreises.

Zu Seite 59, Gr.Nr. 2303, Erweiterung Gymnasium Dorfen und Seite 60, Gr.Nr. 2303, Neubau Gymnasium an der Sigwolfstraße ergeben sich keine Wortmeldungen.

Zu Seite 61, Gr.Nr. 2411, Erweiterung Berufsschule Erding (Gastro Bereich) verweist **der Vorsitzende** auf die Kaufraten.

**Kreisrat Ways** denkt, nachdem 2008 bei den Vorjahren bereits die Summe von 2.993.446 € eingetragen war, müsste sich die Summe doch im Finanzplan verringern.

**Herr Helfer** sagt, im Tilgungsplan werde jedes Jahr der Betrag eingestellt. *Die Summe vom Übertrag 2009 auf 2010 (Vorjahre) müsse noch abgeändert werden.*

**Kreisrat Schlehuber** fragt, wann die Zahlung der Kaufraten endet.

**Der Vorsitzende** antwortet, 2005 sei das Gastro-Zentrum gebaut worden. 2025 werde das Gebäude im PPP-Modell abbezahlt sein.

Zu Seite 62, Gr.Nr. 2601/2651, Neubau FOS/BOS ergeben sich keine Wortmeldungen.

Zu Seite 63, Gr.Nr. 2722, Förderzentrum Dorfen verweist der Vorsitzende auf die Gesamtinvestition von 1,2 Mio €. Die Summe sei eingestellt worden, obwohl ein Kostenvoranschlag mit 1,47 Mio € von den Planern vorgelegt und im Ausschuss genehmigt worden sei. Es sei aber der Auftrag an die Planer, Einsparpotentiale zu suchen und die Kosten auf 1,2

Mio € zu senken. Um das zu verdeutlichen, seien 1,2 Mio € in den Haushalt eingeplant worden.



Zu Seite 64, Gr.Nr. 3331, Bau Kreismusikschule/Leasingrate fragt **Kreisrat Ways**, wann die Schule abbezahlt sei.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

**Herr Helfer** antwortet, die Leasingraten laufen 22,5 Jahre, ab 01.06.1996 bis 31.12.2019.

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** ergänzt, die Leasingraten seien fünf Jahre fest. Der Zins werde alle fünf Jahre neu berechnet. Bisher habe der Landkreis von den zwei Anpassungen profitieren können.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, bringt der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

BauEn/0038-14

Dem Kreisausschuss und Kreistag wird empfohlen, den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt 2010, das Investitionsprogramm und den Finanzplan für den Bereich der Hochbaumaßnahmen und des Bauunterhalts für die kreiseigenen Gebäude unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen zu verabschieden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

### **3. Bekanntgaben und Anfragen**

#### **3.1 Anfrage zu den Sitzungen des Kreistages**

**Kreisrat Kuhn** erinnert, in der Geschäftsordnung des Kreistages sei festgelegt, dass „mindestens drei Kreistagssitzungen“ stattfinden sollen.

**Der Vorsitzende** erklärt, wenn keine Tagesordnungspunkte für eine Kreistagssitzung vorliegen, werde er keine Sitzung einberufen. Die Themen, die nach der Geschäftsordnung im Kreistag zu behandeln sind, werden auch im Kreistag behandelt.

**Kreisrat Kuhn** erinnert, in der letzten Wahlperiode waren vier Sitzungen in der Geschäftsordnung festgeschrieben. Er befürchtet eine Entwicklung, dass immer mehr Dinge verlagert werden. Dies hängt auch mit den Besprechungen mit den Fraktionsvorsitzenden zusammen. Er denkt, dass eigentlich der Kreistag das beschließende Organ sei. Es gibt Kreisräte, die nicht in Ausschüssen vertreten seien.

**Der Vorsitzende** verweist auf die Geschäftsordnung. Es gibt weniger Ausschüsse als früher. Es sei z.B. 2005 der Sozialhilfeausschuss aufgelöst worden. Auch seien in der Vergangenheit nicht immer die vier vorgegebenen Kreistagssitzungen einberufen worden. Er denkt, die Gespräche vorab zu den Haushaltsberatungen mit den Fraktionsvorsitzenden entlasten die Ausschüsse. Bei den Vorgesprächen seien auch alle im Kreistag vertretenen Parteien/Gruppierungen anwesend, so dass alle den gleichen Informationsstand haben. Er denkt, es wäre nicht sinnvoll, eine Kreistagssitzung nur für eine halbe Stunde einzuberufen.



**Kreisrat Jobst** denkt auch, dass der Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt und der Kreisausschuss mit Themen aufgewertet worden sind, die dem Kreistag zustehen würden.

**Der Vorsitzende** verliest § 35 „Aufgaben des Kreisausschusses“ der Geschäftsordnung und verweist auf die Wertgrenzen der einzelnen Ausschüsse.

### **3.2 Namensgebung - Neues Gymnasium**

**Kreisrat Kuhn** fragt nach dem Stand bei der Namensgebung für das neue Gymnasium.

**Der Vorsitzende** berichtet, 2006 habe damals Herr Kretschmann von Seiten der Schulleitung eine Moderation vorgenommen, bei der alle an der Namensgebung einer Schule Beteiligten (Schüler-, Lehrer- und Elternvertreter und Landrat, Stellv. Landrat und weitere Stellvertreterin des Landrats) eingeladen worden sind. Dabei seien fünf Namen festgelegt worden, die im zuständigen Ausschuss beraten worden sind. Von den fünf Namen seien drei Namen ausgewählt worden. Diese seien der Schulleitung mitgeteilt worden. Daraufhin habe die stellvertretende Schulleiterin mitgeteilt, dass sich die Schüler-, Lehrer- und Elternvertreter nicht weiter mit den vorgeschlagenen Namen befassen wollen.

Es sei ihm bereits berichtet worden, dass wieder über einen Namen diskutiert werde und auch neue Namen im Gespräch seien. Die Schüler-, Lehrer- und Elternvertreter müssen an den Landkreis herantreten. Es werde dann wieder eine Beratung im Ausschuss erfolgen.

**Kreisrat Kuhn** denkt, über einen Namen für das neue Gymnasium hätte schon lange abgestimmt werden können.

**Der Vorsitzende** erinnert, am „Anne-Frank-Gymnasium“ sei nach einer 30jährigen Diskussion eine gute Wahl getroffen worden.

### **3.3 Protokoll vom 16.09 - Ausschuss für Bauen und Energie - Photovoltaikanlage**

**Kreisrat Kuhn** merkt an, das Protokoll des Ausschusses für Bauen und Energie vom 16.09. sei immer noch nicht im Ratssystem aufrufbar. Eine Nachverfolgung sei deshalb schwierig. Er fragt nach dem Stand bezüglich der Photovoltaikanlage am „Alten Rathaus“ an der Realschule Taufkirchen.



**Der Vorsitzende** antwortet, das Protokoll sei inzwischen fertig gestellt. Er berichtet, die Vorgabe in der Sitzung war, über den Antrag abzustimmen, der von Kreisrat Kuhn gestellt worden sei.

**Kreisrat Kuhn** sagt, er habe nie einen Antrag gestellt.

**Der Vorsitzende** erinnert, Kreisrat Kuhn habe in der Kreistagssitzung am 13.07.2009 angeregt, bezüglich der Energieeinsparmaßnahmen für die noch nicht ausgetauschten Fenster eine Dreifachverglasung und eine Photovoltaikanlage einzubauen. Der Vorsitzende sagt, er habe zugesichert, beide Vorschläge im zuständigen Ausschuss für Bauen und Energie zu behandeln. Er habe die Vorschläge als Antrag gewertet und explizit vor der Abstimmung gefragt, ob Kreisrat Kuhn damit einverstanden sei, „den Antrag auf eine Photovoltaikanlage einschließlich einer Dreifachverglasung für die noch nicht ausgetauschten Fenster im zuständigen Ausschuss für Bauen und Energie zu beraten.“ Damit habe sich Kreisrat Kuhn einverstanden erklärt.

**Kreisrat Kuhn** sagt, er habe keinen schriftlichen Antrag gestellt. Es wäre schön, wenn der Vorsitzende jede Anmerkung von ihm als Antrag verstehen würde.

**Der Vorsitzende** sagt, ein Antrag müsse nicht immer schriftlich sein. Aus der Diskussion in der Sitzung heraus ergeben sich auch mündliche Anträge. Das Büro Wieder kann z.B. keinen Antrag stellen, es habe kein Antragsrecht. Wenn Kreisrat Kuhn keinen Antrag gestellt hätte, hätte auch keine Abstimmung herbeigeführt werden können. Er habe Kreisrat Kuhn eine Behandlung im zuständigen Ausschuss zugesichert.

**Kreisrat Kuhn** fragt nach der weiteren Vorgehensweise.

**Der Vorsitzende** sagt, die Verwaltung sei wegen einer möglichen Installation einer Photovoltaikanlage durch die Gemeindewerke im Gespräch mit der Gemeinde Taufkirchen/Vils.

Nach Erkundigungen habe ihm der Maschinenring mitgeteilt, weil auch über die Ingenieurleistungen diskutiert worden sei, dass eine Ingenieurleistung beim Maschinenring beinhaltet wäre. Der Maschinenring möchte sich aber nicht an einer Ausschreibung beteiligen.

Weiter habe er mit mehreren Firmen, die eine Photovoltaikanlage installieren, Kontakt aufgenommen, die zugesichert haben, dass die Beschaffung von Photovoltaikanlagen noch in diesem Jahr äußerst schwierig sei. Weiter habe er erfahren, dass es gar nicht so sinnvoll sei, im Dezember (zwar noch mit den besseren Vergütungen) noch eine Anlage zu installieren, weil die Einspeisevergütung ab dem Zeitpunkt der Fertigstellung nach Jahren (20 Jahre) gerechnet wird. Wenn eine Anlage z.B. im Januar installiert wird, werde die Einspeisevergütung für 20 volle Jahre gerechnet. Wenn sich die Modulpreise genauso nach unten entwickeln, wäre das für den Landkreis eine noch wirtschaftlichere Anlage. Des Weiteren sei ihm gesagt worden, dass die Modulhersteller für 2010



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

noch nicht die Auftragslage haben und möglicherweise sich der Preis nach unten entwickeln werde.

**Kreisrat Kuhn** denkt, dass irgendwann ein Ende erreicht sein wird.

**Der Vorsitzende** sagt, Ziel einer Förderpolitik sei es, Forschung zu betreiben und Serienreife herzustellen, damit das Ganze wirtschaftlich betrieben werden kann, um konkurrenzfähig zu sein. Das scheint beim derzeitigen Niveau noch nicht ganz der Fall zu sein. Es werde noch Einsparungseffekte in der technischen Entwicklung und insbesondere bei den Indachanlagen geben.

**Kreisrat Haindl** weist darauf hin, dass die Sanierungsarbeiten am Dach für nächstes Jahr geplant seien. Es sei deshalb nicht die Dringlichkeit, heuer noch eine Photovoltaikanlage installieren zu müssen. Das Thema sollte so aufbereitet werden, dass es passt.

**Der Vorsitzende** erinnert, die Dachsanierung hätte mit erhöhten Kosten vorgezogen werden müssen. Aufgrund der Diskussion in der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie am 16.09.2009 seien noch verschiedene Dinge (Wirtschaftlichkeitsberechnung, Indachanlage, Betreibermodell mit der Gemeinde Taufkirchen/Vils, ob von einem öffentlichen Betreiber MwSt zu zahlen sei, ob ein Zuschuss bei einer Indachanlage möglich und ein Ingenieurbüro dazu erforderlich sei) zu klären.

Der Vorsitzende macht Kreisrat Kuhn das Angebot, im Anschluss an die Sitzung die Protokolle einzusehen.

\*\*\*

**Kreisrat Ways** bittet um Aufmerksamkeit. Er bedauert, dass ein Kollege in einem Leserbrief vom 30.10.2009 in der SZ die demokratische Abstimmung im Ausschuss nicht zur Kenntnis nehmen möchte. Er habe in der Sitzung dagegen gestimmt, weil einige Punkte, wie sie der Vorsitzende gerade vorgetragen hat, noch nicht geklärt waren. Er denke, er brauche sich dafür nicht in einem Leserbrief angreifen lassen. Es war zu lesen: „Bei dem einen verbliebenen Vertreter der SPD ist unklar, weshalb er dagegen stimmte, bei dem derzeitigen Zustand der SPD wundert man sich aber über gar nichts mehr.“

Er findet diese Vorgehensweise unkollegial. Kreisrat Ways betont, er selber habe privat schon jahrelang eine Photovoltaikanlage und er habe sich als Bürgermeister eingesetzt, dass eine Bürgersolaranlage in der Gemeinde gegen Widerstände aufgestellt werden konnte. Er werde in der Öffentlichkeit so hingestellt, als würde er nicht verstehen, was eine Photovoltaikanlage sei und welchen Wert Photovoltaikanlagen haben. Er bittet den Kollegen Kuhn, sich künftig fair zu verhalten, dass der Umgang miteinander passt, sonst kündige er die Zusammenarbeit mit ihm auf.

**Kreisrat Haindl** bestätigt die Aussage von Kreisrat Ways. Er habe sich während der Beratung mit Kreisrat Ways kurz beraten. Kreisrat Ways habe dagegen gestimmt, weil bestimmte Dinge noch abzuklären waren.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** sagt, er habe es auch so verstanden, dass diejenigen, die gegen den Beschlussvorschlag gestimmt haben, sich nicht grundsätzlich gegen eine Photovoltaikanlage aussprechen.

**Kreisrat Steinberger** findet es unmöglich, dass der Öffentlichkeit suggeriert wird, dass einer bei der Abstimmung anwesend gewesen sei, der kein Interesse hat. Wenn versucht wird, einen Kollegen auszuspielen und der Bevölkerung dargelegt wird, was die einen leisten und können und die anderen nicht wollen, das findet er unmöglich. Das sei nicht nur mangelnde Solidarität, sondern eine Unverschämtheit gegenüber Kollegen. Auch er sei erst später in die Sitzung gekommen, weil er einen Termin für den Vorsitzenden wahrnehmen musste.

**Der Vorsitzende** sagt, er möchte das nicht bewerten. Er habe es so zur Kenntnis genommen.

**Kreisrat Kuhn** merkt an, aufgrund einer Darstellung in der Presse habe er einen Leserbrief geschrieben und die Sitzung dargestellt. Es sei nicht das erste Mal gewesen, dass z.B. der dritte Landrat herbeitelefoniert werden musste, um zu einem Abstimmungsergebnis zu kommen.

**Der Vorsitzende** sagt, es gibt sicher oft wichtige Gründe, warum ein Kreisrat an einer Sitzung nicht teilnehmen kann.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Der Vorsitzende beendet die Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie um 17.15 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Elfriede Mayer  
Verwaltungsangestellte